

Antrag 1

Bekämpfen und Eindämmen: Jakobskreuzkraut und invasive Ackerbeikräuter.

Antrag an den Kreisparteitag am 7. September 2024 in Husum

EINGEGANGEN

3. AUG. 2024

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU Nordfriesland fordert:

- Die Vorkommen von Jakobskreuzkraut und invasiven Ackerbeikräutern wie den japanischen Knöterich, den Riesenbärenklau und den Fuchsschwanz in Schleswig-Holstein nach geltenden Grundsätzen bekämpfen und eine wirksame Eindämmung zu erreichen.
- Eine Entschädigung durch das Jakobskreuzkraut geschädigter Imker durch Mittel des Landes sicherzustellen.
- Das Land Schleswig-Holstein soll sich auf Bundesebene für ein standardisiertes Untersuchungsverfahren und einheitliche Grenzwerte für Pyrrolizidinalkaloide (PA) einsetzen.
- Auf Flächen in öffentlicher Hand, wie des Landesbetriebs für Straßenbau oder der Stiftung Naturschutz durch rechtzeitiges Mähen des Jakobskreuzkrauts eine Eindämmung der Bestände.

Begründung:

Die Verbreitung der invasiven Ackerbeikräuter und des Jakobskreuzkrautes hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Sie verdrängen anderweitige Pflanzenbestände und sind teils nur schwer zu bekämpfen. Sind beim Riesenbären die Gefahren in der breiten Öffentlichkeit einigermaßen bekannt, so scheint insbesondere beim Jakobskreuzkraut noch erheblicher Aufklärungsbedarf zu bestehen. Dieses ist durch seine Pyrrolizidinalkaloide (kurz PA) lebertoxisch und potenziell krebserregend. Dieses findet sich auch in Honig. Eine Verfütterung in Heu kann bei Tieren zu akuten lebensbedrohlichen Vergiftungen führen.

Durch Verbot von Spritzmitteleinsatz verbreiten sich diese Pflanzen insbesondere auf öffentlichen Flächen und führen zu immer größeren Problemen, gerade für Imker. Daher müssen Imker geschützt und insgesamt die invasiven Ackerbeikräuter und das Jakobskreuzkraut bekämpft und eingedämmt werden.

Antragssteller:

Kreisvorstand

Antrag 2

Niederungsstrategie 2100 – Umgang mit Flächen weiterentwickeln.

Antrag an den Kreisparteitag am 7. September 2024 in Husum

EINGEGANGEN

3. AUG. 2024

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU Nordfriesland fordert:

- Moorbeiräte im Rahmen der Umsetzung der Niederungsstrategie des Landes etablieren.
- Die Umsetzung der Niederungsstrategie durch die Stiftung Naturschutz auf eigenen Flächen.
- Landwirtschaftlich geeignete Flächen außerhalb der Niederungsgebiete aus Eigentum der Stiftung mit Landwirten zu tauschen. Als Grundlage dafür soll ein Flächenkataster der Stiftung, aufgeschlüsselt nach Bodenpunkten und Schutzstati sein.

Begründung:

Mit der neuen Niederungsstrategie 2100 setzt sich das Land Schleswig-Holstein mit zwei Bereichen auseinander: Der Entwässerung sowie der Wiedervernässung. Inzwischen hat das Land einen vierten Entwurf des Strategiepapiers vorgelegt, es finden zahlreiche Diskussionen um die Themen statt. Dabei ist insbesondere das Anliegen der Wiedervernässung von Flächen in Niederungsgebieten ausgesprochen konfliktträchtig. Landwirtschaftlich genutzte Flächen sollen demnach wiedervernässt werden. Hierbei ist gerade die öffentliche Hand als Landeigentümer mitgefordert, dies umzusetzen und insbesondere Flächen zum Tausch anzubieten, wenn wiederum andere Flächen aus der Nutzung rausgenommen werden sollen. Ein Austausch auf Augenhöhe sowie die Bereitschaft zum Tausch und zur Zusammenarbeit sind für die Umsetzung notwendig.

Antragssteller:

Kreisvorstand

Antrag 3

EMGE GÄNGEN

3. AUG. 2024

Heimische Fischerei unterstützen und halten.

Antrag an den Kreisparteitag am 7. September 2024 in Husum

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU Nordfriesland fordert:

- Die im Windenergie-auf-See-Gesetz festgeschriebene Fischereikomponente in Höhe von fünf Prozent im vollen Umfang zweckgebunden für die Fischerei einzusetzen.
- Wir fordern die steuerliche Gleichbehandlung von Verkaufserlösen der Küstenfischerei und der kleinen Ausflugsschiffahrt bei Reinvestitionen in den Betrieb, sowie wie es bei der Binnenschiffahrt seit vielen Jahren der Fall ist.
- Erhalt der Fang – und Zuchtgebiete sowie Fangmöglichkeiten in der Nordsee.
- Anerkennung der fischereilichen Nutzung als Bestandteil des Nationalparks und Weltnaturerbes Wattenmeer. Die drei wichtigsten Grundsätze dabei sind relevanter denn je: ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit, wirksame regionale Zusammenarbeit und wissenschaftsbasierte Entscheidungsfindung.
- Öffnung der Windparks und Offenhaltung der FFH-Gebiete über die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten für die Diversifizierung in der Fischerei.
- Erhalt und Ausbau der bestehenden Hafeninfrastrukturen an der Westküste, sowie auch Instandhaltung sowie gegebenenfalls Vertiefung von Fahrrinnen.
- Ein nachhaltiges Bestandsmanagement für den Fischotter und den Kormoran.

Begründung:

Wir bekennen uns zur Fischerei als heimisches Handwerk in all ihren Ausprägungen. Die Fischerei gehört zu Nordfriesland. Ob Küstenfischerei, Binnenfischerei, Teichwirtschaft und Aquakultur oder Angelfischerei, sie sind alle Teile unserer traditionellen und nachhaltig wirtschaftenden Fischerei. Wir wollen die heimische Fischerei gegen die Herausforderungen des Klimawandels, des internationalen Wettbewerbs sowie gegenüber den sich ändernden Ansprüchen der Gesellschaft stärken. Hierzu müssen Rahmenbedingungen zwingend angepasst werden, um Nachteile auszugleichen und ein Wirtschaften überhaupt zu ermöglichen.

Antragssteller:

Kreisvorstand

Antwort 4

Ärztemangel begegnen – neue Ärzte ausbilden.

Antrag an den Kreisparteitag am 7. September 2024 in Husum

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU setzt sich verstärkt für die Schaffung von weiteren Studienplätzen im Fach Humanmedizin in Schleswig-Holstein ein.

Begründung:

In Deutschland herrscht ein eklatanter Ärztemangel, der sich zunehmend verschärft. In den kommenden Jahren werden viele altersbedingt ausscheiden. Um ausreichend Nachwuchs zu gewinnen, fehlen jedoch Studienplätze, was zu einem hohen NC (*numerus clausus*) führt. Dem kann lediglich durch weitere Studienplätze langfristig Abhilfe geschaffen werden.

Antragssteller:

Kreisvorstand